

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts, Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2007

Aktiva

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.205.411,43	2.819.632,54
II. Sachanlagen	1.753.191.933,56	1.658.400.685,02
III. Finanzanlagen	673.345,50	586.571,53
	1.757.070.690,49	1.661.806.889,09
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	557.942,56	615.867,87
2. Noch nicht abgerechnete Aufträge	19.228,68	354.222,51
	577.171,24	970.090,38
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.816.452,20	1.688.014,66
2. Forderungen gegen die Stadt Köln	3.064.108,91	1.033.954,88
3. Sonstige Vermögensgegenstände (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr T€ 88; Vorjahr T€ 96)	582.526,15	340.268,36
	5.463.087,26	3.062.237,90
III. Kassenbestand	455,37	432,58
	6.040.713,87	4.032.760,86
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	1.299,61
	1.763.111.404,36	1.665.840.949,56

Passiva

	31.12.2007	31.12.2006
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	500.000,00	500.000,00
II. Kapitalrücklage	659.293.415,38	659.355.506,38
III. Bilanzgewinn/-verlust	5.701.218,32	-8.220.998,85
	665.494.633,70	651.634.507,53
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	6.693.120,00	13.321.100,00
2. Sonstige Rückstellungen	73.844.449,45	50.647.744,33
	80.537.569,45	63.968.844,33
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	550.382.678,53	413.837.682,18
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.587.940,25	13.569.259,13
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Köln	430.417,45	89.032,49
4. Verbindlichkeiten aus dem Trägerdarlehen der Stadt Köln	421.852.157,34	488.788.917,93
5. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern T€ 15; Vorjahr T€ 9) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 0; Vorjahr T€ 0)	1.083.610,79	750.901,12
	984.336.804,36	917.035.792,85
D. Rechnungsabgrenzungsposten	32.742.396,85	33.201.804,85
	1.763.111.404,36	1.665.840.949,56

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts, Köln

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	2007	2006
	€	€
1. Umsatzerlöse	185.332.665,98	185.031.921,54
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an noch nicht abgerechneten Aufträgen	-334.993,83	354.222,51
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	5.205.220,13	4.380.973,83
4. Sonstige betriebliche Erträge	5.640.122,11	2.118.939,75
5. Materialaufwand	195.843.014,39	191.886.057,63
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.314.219,88	8.952.909,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	16.143.460,90	16.016.551,03
c) Abwasserabgabe	5.145.000,00	4.935.000,00
d) Umlagen an Verbände	5.578.354,77	5.855.237,08
6. Personalaufwand	35.181.035,55	35.759.698,06
a) Löhne und Gehälter	26.930.612,57	27.813.306,42
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 3.900.320,61; Vorjahr € 3.400.403,36)	9.099.032,98	8.623.169,47
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	36.029.645,55	36.436.475,89
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	51.711.532,70	49.435.245,68
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.857.841,23	16.044.984,40
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.361.857,97	2.701.612,78
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	49.548.056,16	50.878.271,03
12. Sonstige Steuern	13.876.761,17	6.032.995,35
13. Jahresüberschuss	16.635,00	16.007,97
14. Verlustvortrag	13.860.126,17	6.016.987,38
15. Entnahme aus der Kapitalrücklage	-8.220.998,85	-14.260.899,23
16. Bilanzgewinn/-verlust	62.091,00	22.913,00
	5.701.218,32	-8.220.998,85

Anhang für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
Stadtentwässerungsbetriebe Köln,
Anstalt des öffentlichen Rechts, Köln

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31.12.2007 wurde nach den für Anstalten des öffentlichen Rechts in Nordrhein – Westfalen geltenden Vorschriften aufgestellt. Die Gliederung und der Ausweis der Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen den Gliederungsvorschriften § 266 HGB und § 275 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren ausgewiesen.

Die Bilanz wurde gem. § 265 Abs. 5 HGB um den Posten „Abwassertechnische Anlagen“, „Noch nicht abgerechnete Aufträge“, sowie um „Verbindlichkeiten aus Trägerdarlehen der Stadt Köln“ erweitert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und linear zum Zeitpunkt des Zuganges entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben. Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände wurden in Höhe der Anzahlungen aktiviert.

Das **Sachanlagevermögen** wurde zum 01.05.2001 zu Wiederbeschaffungszeitwerten (Anschaffungskosten) übernommen. Neuzugänge ab dem 01.05.2001 werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zuzüglich der direkt zurechenbaren Anschaffungsnebenkosten aktiviert. Die Anschaffungskosten werden vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen auf Basis der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern fortgeschrieben.

Der Ansatz der **Grundstücke** erfolgte zum 01. Mai 2001 auf Basis der Bodenrichtwerte des Gutachterausschusses für Grundstückswerte der Stadt Köln. In der Eröffnungsbilanz zum 01.05.2001 sind die Grundstücke mit ihrer vorläufigen Größe und Bewertung enthalten. Die Grundstücke sind seit der Gründung kontinuierlich vermessen worden. Die endgültige Vermessung wurde im Vorjahr abgeschlossen und die Wertansätze zugunsten der Kapitalrücklage korrigiert. Die Auflassung und Eintragung im Grundbuch ist im Berichtsjahr erfolgt.

Die Neuzugänge ab dem 01.05.2001 werden zu Anschaffungskosten zuzüglich der direkt zurechenbaren Anschaffungsnebenkosten aktiviert und fortgeschrieben. Die Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte sind mit T€ 78.341 aktiviert.

Die **betrieblichen Bauten, Verwaltungs- und Geschäftsgebäude** (T€ 118.749) werden unter Berücksichtigung der Restnutzungsdauern planmäßig fortgeschrieben.

Das **Kanalvermögen** der Gesellschaft ist mit T€ 1.074.158 in einem gesonderten Posten unter den Abwassertechnischen Anlagen ausgewiesen (vgl. Anlage 2 zum Anhang). Die Erschließungskostenbeiträge des Berichtszeitraumes 2007 (T€ 2.276) wurden, wie in den Vorjahren, aktivisch von dem Kanalvermögen abgesetzt.

Die vereinnahmten und durch die Bezirksregierung Düsseldorf endabgerechneten Verrechnungsbeträge (T€ 426) nach § 10 Abs.3, 4 AbwAG wurden aktivisch von den bezuschussten Anlagen abgesetzt.

Die Leistungsfähigkeit der Anlagen wird im Rahmen der Umsetzung des Abwasserbeseitigungskonzeptes aufrechterhalten und verbessert.

Die Erschließungskostenbeiträge (T€ 14.057), die aus den Zeiträumen vor dem 01.05.2001 resultieren, sind pauschal dem Kanalvermögen zugeordnet worden und werden über 65 Jahre aufgelöst.

Die Zugänge des laufenden Wirtschaftsjahres werden pro rata temporis abgeschrieben. Das Anlagevermögen für den Hochwasserschutz wird über durchschnittlich 60 Jahre abgeschrieben.

Es gelten die Grundsätze des § 253 Abs. 2 Satz 1,2 HGB.

Die **geringwertigen Wirtschaftsgüter** (T€ 158) werden entsprechend § 6 Abs. 2 EStG im Jahr des Zugangs sofort abgeschrieben und in Abgang gestellt.

Die **Anlagen im Bau** (T€ 254.237) betreffen noch nicht fertig gestellte Abwasserentsorgungsanlagen (T€ 178.945) und Hochwasserschutzanlagen (T€ 75.292), die entsprechend ihres Baufortschrittes mit den dazugehörigen Einzel- und Gemeinkosten angesetzt sind. Die Gemeinkosten für die darin enthaltenen aktivierten Eigenleistungen ergeben sich aus der HOAI. Die Umsetzung der im Abwasserbeseitigungskonzept geplanten Investitionsmaßnahmen verläuft planmäßig ohne nennenswerte Verzögerungen im Zeitplan. Das Abwasserbeseitigungskonzept wird laufend fortgeschrieben. In Anbetracht der erheblichen Bedeutung für die Stadt Köln werden die Investitionsmaßnahmen für den Hochwasserschutz mit Hochdruck betrieben.

Die **Beteiligungen** betreffen eine GmbH-Beteiligung (8,0 %) an der aquabench GmbH, Hamburg, in Höhe von 4 T€ (Buchwert). Das Eigenkapital der Gesellschaft betrug zum 31. Dezember 2006 T€ 132; der Jahresüberschuss 2006 betrug T€ 18.

In den **sonstigen Ausleihungen** (T€ 669) sind überwiegend Wohnungsbaudarlehen an Mitarbeiter (T€ 556) ausgewiesen. Die Darlehensvergabe richtet sich nach dem Merkblatt über die Gewährung von Arbeitgeberdarlehen der Stadt Köln (Stand Februar 2002). Sie sind zum Nennwert bilanziert und werden mit 4% p.a. getilgt, in den ersten sieben Jahren sind die Darlehen tilgungsfrei. Darlehen die zur Gründung der Stadtentwässerungsbetriebe zum 01.05.2001 bereits bestanden, sind in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten (T€ 373) ausgewiesen. Gemäß der Richtlinie der Stadt Köln über die Durchführung von Hilfsmaßnahmen bei Beeinträchtigungen durch Tiefbaumaßnahmen wurden T€ 113 Überbrückungsdarlehen an die betroffenen Gewerbetreibenden gezahlt.

Der konsolidierte Anlagespiegel und die Anlagespiegel der Sparten Abwasserentsorgung und Hochwasserschutz liegen dem Anhang als Anlage 1 bis 3 bei.

Umlaufvermögen

Das **Vorratsvermögen** wurde zu fortgeschriebenen, gewogenen Einstandspreisen bewertet. Die Inventur wurde erstmals unter Anwendung des § 241 Abs. 2 HGB in Form der permanenten Inventur durchgeführt und die Bestände auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Es wurde zum 31.12.2007 ein Niederstwerttest einschließlich einer Gängigkeitsabschreibung durchgeführt, die auf der Grundlage der Materialumschlagshäufigkeit ermittelt wird. Die Bestände werden zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Gegenüber dem gleitenden Durchschnitt ergab sich nach durchgeführtem Niederstwerttest und Gängigkeitsabschreibung eine Abwertung von T€ 699 (Vorjahr T€ 676).

In den Vorräten sind noch nicht abgerechnete Aufträge mit T€ 19 enthalten. Dies betrifft noch nicht abgerechnete Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Kanalschlüsse. Die Bescheide ergehen in 2008.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögensgegenstände** haben unverändert eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, mit Ausnahme von Teilen der Lohn- und Gehaltsvorschüsse (T€ 88) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen Forderungen aus dem Leistungsspektrum der Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR in Höhe von T€ 2.155. Es wurden Einzel- und Pauschalwertberichtigungen gegenüber Dritten (T€ 339) vorgenommen.

Die **Forderungen gegenüber der Stadt Köln** betreffen im Wesentlichen mit T€ 1.698 Forderungen aus der Großveranlagung für Abwassergebühren, davon wurden pauschalierte Einzelwertberichtigungen (T€ 1.230) gegenüber der Stadt Köln aus der Großveranlagung vorgenommen. Weiterhin bestehen T€ 2.986 Forderungen gegenüber Ämtern der Stadt Köln und davon aus der Sparte Hochwasserschutz T€ 2.424, davon wurden T€ 390 wertberichtigt.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten im Wesentlichen mit T€ 194 Gehaltsvorschüsse, sowie T€ 221 an debitorischen Kreditoren.

Der **Kassenbestand** T€ 0,5 betrifft ausschließlich die Handkasse.

Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals liegt dem Anhang als Anlage 4 bei.

In die Kapitalrücklage wurde der Gegenwert einer Sacheinlage der Stadt Köln (T€ 3.126), für Planungskosten im Hochwasserschutz, die vor dem 01.01.2004 bei der Stadt Köln entstanden sind, eingestellt. Die Kapitalsacheinlage wird über die Nut-

zungsdauer der Hochwasserschutzanlagen fortgeschrieben. Die betreffenden Abschreibungen werden, wie vertraglich vereinbart, in gleicher Höhe aus der Kapitalrücklage entnommen.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von € 13.860.126,17 €, mit dem Bilanzverlust der Vorjahre zu verrechnen und den Bilanzgewinn von € 5.701.218,32 auf neue Rechnung vorzutragen.

Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich im Wirtschaftsjahr wie folgt:

	01.01. 2007	Inanspruch- nahme	Auf- lösung	Umbuch- ung	Zu- führung	31.12. 2007
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Pensionsrückstellung	13.321	0	0	-8.189	1.561	6.693
Ausstehende Rechnungen	22.210	21.660	550	0	30.505	30.505
Abwasserabgabe	16.206	2.383	234	0	6.096	19.685
Erstattungsverpflichtung gegenüber der Stadt Köln für Pensionen und Beihilfen von abgeordneten Beamten	0	0	0	9.952	909	10.861
Altersteilzeit	4.407	0	143	0	110	4.374
Sondervergütungen	1.794	1.424	0	0	1.569	1.939
Beihilfeansprüche	2.830	0	0	-1.763	409	1.476
Urlaubsansprüche	1.028	1.028	0	0	1.007	1.007
Prozessrisiken	407	4	74	0	0	329
Gleitzeit, Überstunden	271	271	0	0	303	303
Jahresabschlusskosten	118	60	0	0	59	117
Nutzungsentgelt	737	409	328	0	0	0
Übrige Rückstellungen	640	45	45	0	2.698	3.248
Sonstige Rückstellungen	50.648	27.284	1.374	8.189	43.665	73.844
Rückstellungen gesamt	63.969	27.284	1.374	0	45.226	80.537

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen T€ 6.693 (Vorjahr T€ 13.321) wurden nach dem Teilwertverfahren auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und erstmals unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,0% (Vorjahr 6,0 %) sowie unter Berücksichtigung der Ausscheidungsordnung der Aktiven ermittelt. Der Unterschiedsbetrag der sich durch den geänderten Zinsfuß ergibt beträgt T€ 924.

Im Berichtsjahr wurde der Teil der Pensionsrückstellung, der auf die abgeordneten Beamten der Stadt Köln entfällt (T€ 8.189), in die sonstigen Rückstellungen umbucht. Es handelt sich hierbei überwiegend um abgeordnete Beamte der Stadt Köln

die sich im Ruhestand befinden und deren Dienstherr weiterhin die Stadt Köln ist. Die Erstattungsverpflichtung der StEB gegenüber der Stadt Köln bleibt weiterhin bestehen. Die Umbuchung wurde durch den Ausweis dieser Pensionsverpflichtungen in der Eröffnungsbilanz der Stadt Köln zum 01. Januar 2008 im Rahmen des neuen kommunalen Finanzmanagements (Kommunales Finanzmanagementgesetz NRW – NKFG NRW) erforderlich.

Der verbleibende Personenkreis für welche Verpflichtungen bestehen, umfasst 31 Anwärter und 4 Pensionäre bzw. deren Hinterbliebene.

Die sonstigen Rückstellungen (T€ 73.844) bestehen im Wesentlichen aus den **ausstehenden Rechnungen** (T€ 30.505), davon mit T€ 27.940 für Anlagen im Bau. Die übrigen ausstehenden Rechnungen (T€ 2.565) betreffen den Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

In der **Rückstellung für Abwasserabgabe** (T€ 19.685) sind vorläufige Verrechnungen gem. § 10 Abs. 3 und § 10 Abs. 4 AbwAG in Höhe von T€ 11.573 enthalten. Die Inanspruchnahme der Verrechnungen wird mit Eingang der Endabrechnungsbescheide der Bezirksregierung Düsseldorf dem Anlagevermögen zugeführt, diese lagen im Berichtsjahr noch nicht vor. Die Zuführung zur Rückstellung für den Veranlagungszeitraum 2007 beträgt T€ 5.145, weiterhin wurden T€ 951 für Vorjahre eingestellt. Diese periodenfremde Zuführung resultiert aus in Vorjahren geleisteten Zahlungen die im Berichtsjahr aufgrund von vorläufig genehmigten Verrechnungen erstattet wurden.

Zur Umbuchung aus der Pensionsrückstellung in die **Erstattungsverpflichtungen gegenüber der Stadt Köln aus Pensionen und Beihilfen für abgeordnete Beamte** in die sonstigen Rückstellungen (T€ 8.189) siehe Erläuterungstext zu den Pensionsrückstellungen. Die bisher in der Beihilferückstellung enthaltenen abgeordneten Beamten (T€ 1.763) wurden ebenfalls in die Erstattungsansprüche gegenüber der Stadt Köln umbucht. Im Berichtsjahr wurden T€ 909 zugeführt. Davon entfallen T€ 693 auf die Pensionen und T€ 216 auf die Beihilfen. Die Beihilfen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen unter Zugrundelegung der Richttafeln 2005G von Prof. Dr. Klaus Heubeck und erstmals unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 5,0% (Vorjahr 6,0 %) sowie unter Berücksichtigung der Ausscheideordnung der Aktiven ermittelt. Der Unterschiedsbetrag der sich durch den geänderten Zinsfuß ergibt beträgt T€ 781 für die Pensionen und T€ 258 für die Beihilfen.

Die Berechnung der Rückstellungen für **Altersteilzeit** (T€ 4.374) erfolgte auf der Grundlage von versicherungsmathematischen Gutachten, davon für abgeschlossenen Verträge T€ 3.181 und für die potenziellen Verträge T€ 1.193. Für die Berechnung wurde die Richttafel 2005G angewendet. Der zugrunde gelegte Rechnungszinsfuß für die Berechnung der Altersteilzeit beträgt 5,5%.

Die Rückstellung für **Beihilfen** (T€ 1.476) wurde nach dem Teilwertverfahren in einem versicherungsmathematischen Gutachten unter Zugrundelegung der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. K. Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von erstmals 5% (Vorjahr 6%) sowie unter Berücksichtigung der Ausscheideordnung der Aktiven errechnet. Der Unterschiedsbetrag der sich durch den geänderten Zinsfuß ergibt beträgt T€ 224.

Die übrigen Rückstellungen für Personal wurden für zum Stichtag bestehende Urlaubsansprüche, Jubiläen, Höhergruppierungen, Ansprüche aus Überstunden, Gleitzeitguthaben und Prämien, sowie sonstigen Gehaltsnachzahlungen gebildet. Bei der Bemessung der übrigen Rückstellungen wurde allen erkennbaren kaufmännischen Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die **Verbindlichkeiten** sind mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt worden.

Es besteht ein **Trägerdarlehen** gegenüber der Stadt Köln (T€ 421.852), die aktuelle Restlaufzeit beträgt 7 Jahre. Der Zinssatz für 2007 beträgt 5,96% p.a., für das folgende Wirtschaftsjahr 2008 5,83% p.a.. Der jährlich festzusetzende Zinssatz, ist gekoppelt an den kalkulatorischen Zinssatz den die Stadt Köln für die Abwassergebührenberechnung festsetzt. Im Berichtsjahr betrug die Tilgungsleistung T€ 66.937, hierin ist eine Sondertilgung von T€ 3.000 enthalten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** (T€ 550.383) ergeben sich zum einen aus dem laufenden Kontokorrentkonto und Zinsabgrenzungen (T€ 97.373). Des Weiteren aus neun tilgungsfreien Darlehen bei der Sparkasse Köln/Bonn über insgesamt T€ 173.100, mit einer Endfälligkeit zwischen Ende 2013 und Anfang 2016. Davon sind vier Darlehen fest verzinst (T€ 70.000, Zinssatz zwischen 3,68% und 4,54%) und fünf variabel verzinst (T€ 103.100). Die variabel verzinsten Darlehen werden mit einem 3M-Euribor zuzüglich einem Spread zwischen 0,012% und 0,23% verzinst. Weiterhin besteht bei der Landeskreditbank Baden-Württemberg ein variabel verzinstes Darlehen T€ 50.000, endfällig Anfang 2016, mit einer Verzinsung 3M-Euribor zuzüglich einem Spread von 0,05%, sowie einem fest verzinslichen Darlehen T€ 60.000 (3,422%). Ein weiteres fest verzinsliches Darlehen entfällt mit T€ 17.000 auf die Dexia Kommunalbank (4,03%).

Im Berichtsjahr wurden zudem insgesamt vier weitere festverzinsliche Darlehen mit Endfälligkeit zwischen Juni und Dezember 2017 abgeschlossen, eins bei der Commerzbank über T€ 20.000 (4,77%) und drei bei der NRW Bank T€ 20.000 (4,379%), über T€ 10.000 (4,776) sowie T€ 12.910 (4,465%). Daneben bestehen seit 2007 zwei weitere variabel verzinsten Darlehen bei der NRW Bank über T€ 70.000 sowie über T€ 20.000, welche mit dem 3M-Euribor abzüglich eines Spread von 0,01% verzinst werden mit Endfälligkeit Januar 2017.

Die variabel verzinsten Darlehen wurden aus Gründen der Zinssicherung und der Begrenzung des Zinsänderungsrisikos bereits im Vorfeld der Darlehensaufnahmen mit Zinsswap-Geschäften abgesichert. Die Swap-Geschäfte (T€ 243.100) weisen die gleiche Laufzeit auf wie die entsprechenden o.g. Darlehen. Die Swap-Geschäfte wurden bei der Deutschen Bank, der Sparkasse Köln/Bonn, der SEB Bank, der BNP-Paribas, der Commerzbank sowie der NRW Bank abgeschlossen. Die Verzinsung aus der Kombination der variabel verzinsten Darlehen und den Zins-Swap-Geschäften entspricht in etwa denen der fest verzinsten Darlehen.

Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** (T€ 10.588) betreffen im Wesentlichen zum Stichtag noch nicht fällige Bauabrechnungen (T€ 7.225) und Sicherheitseinbehalte (T€ 3.363) auf noch nicht schlussgerechnete Bauvorhaben.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Köln** (T€ 430) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Abrechnungen der Großveranlagung (T€ 268), die Spitzabrechnung lag zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung noch nicht vor. Weiterhin sind hier Verbindlichkeiten gegenüber verschiedenen Ämtern der Stadt Köln erfasst.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** (T€ 1.084) bestehen im Wesentlichen aus den Verbindlichkeiten aus Mitarbeiterdarlehen T€ 373 (siehe hierzu auch die Ausführungen unter den sonstigen Ausleihungen) und den kreditorischen Debitoren mit T€ 665.

Derzeit liegen keine offenen Positionen aus Derivat-Geschäften vor.

Verbindlichkeitspiegel

	bis 1 Jahr T €	1 Jahr bis 5 Jahre T €	Größer 5 Jahre T €	Gesamt T €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	97.372	0	453.011	550.383
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.588	0	0	10.588
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Köln aus Lieferungen und Leistungen	430	0	0	430
Trägerdarlehen gegenüber der Stadt Köln	65.431	349.854	6.567	421.852
Sonstige Verbindlichkeiten	738	130	216	1.084
Summe	174.559	349.984	459.794	984.337

Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der ausgewiesene passive Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 32.742) ist im Wesentlichen der Barwertvorteil (T€ 31.478) aus einem US-Leasing. Der über die Laufzeit des Vertrages (ursprünglich 25 Jahre), einschließlich einer Korrektur für Vorjahre, aufgelöst wurde (T€ 1.723).

Daneben sind im Berichtsjahr die kapitalisierten Erhaltungs- bzw. Unterhaltungskosten (T€ 1.264, ursprünglich T€ 1.287) für das im Zusammenhang mit dem Bau der ICE-Trasse von der DB Netz AG, Frankfurt am Main, für die StEB errichtete Mischwasserpumpwerk Theodor-Heuss-Straße eingestellt worden. Der Gestattungsvertrag mit der DB Netz AG ist noch in Vorbereitung. Es wird daher der zur Zeit noch vorläufige Betrag über 56 Jahre analog der durchschnittlichen Nutzungsdauer des Pumpwerkes zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge aufgelöst. Im Berichtsjahr betrug die Auflösung T€ 23.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Umsatzerlöse gliedern sich wie folgt:

	2007	2006
	T€	T€
Kanalbenutzungsgebühren		
Veranlagungssoll	148.376	148.872
Erstattung der Stadt für den Straßenentwässerungsanteil	26.368	26.368
Laufender unterjähriger Änderungsdienst	-1.953	599
	172.791	175.839
Erlöse Hochwasserschutz	6.374	3.311
Betriebsführung WBV Wahn	2.143	1.870
Betriebskostenerstattung Klärwerk Weiden	872	1.499
Erlöse aus Schmutzwassergebühren, der Entleerung von Schmutzwassergruben u.a.	820	197
Erlöse aus Kanalanschluss- sowie Kanalsanierungsmaßnahmen	639	518
Erlöse aus sonstigen Abwasserentgelten	525	525
Erlöse Gewässer 2. Ordnung	426	457
Erlöse aus dem Betrieb gewerblicher Art	360	450
Erlöse aus Abwasseruntersuchungen	225	187
Erlöse aus Kanalanschlussscheinen	144	160
Sonstige Erlöse	14	19
	12.542	9.193
	185.333	185.032

Die den Umsatzerlösen aus den Kanalbenutzungsgebühren zugrunde liegenden Mengen und Preise stellen sich wie folgt dar:

Geschäftsjahr	Gebühr Niederschlagswasser		Gebühr Schmutzwasser	
	Menge	Gebührensatz	Menge	Gebührensatz
	Mio. m ²	€	Mio. m ³	€
2004	68,8	1,10	71,9	1,23
2005	68,2	1,15	71,6	1,29
2006	69,8	1,18	70,4	1,32
2007	70,3	1,18	69,4	1,32

Bei den o.g. Werten handelt es sich um Ist-Gebühren, die auf der Grundlage von Plan-Mengen im Rahmen der Gebührenkalkulation ermittelt werden.

Es liegt eine **Bestandsminderung** der noch nicht abgerechneten Aufträge um T€ 335 vor.

Die **aktivierten Eigenleistungen** T€ 5.205 umfassen im Wesentlichen eigene Ingenieurleistungen für den Bau von Abwasserentsorgungsanlagen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	T€	T€
Erlöse Abwasserabgabe	1.592	0
Erträge aus der Auflösung der Wertberichtigungen auf Forderungen	1.404	420
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.140	771
Erträge aus Schadenersatz	352	45
Erträge aus Nebenforderungen zur Gebührenveranlagung	338	308
Erträge aus Umsatzsteuererstattungen	320	0
Erträge aus Kostenerstattungen	237	228
Erträge aus Versicherungsentschädigungen der Stadt Köln	51	59
Gebühren für Ausschreibungen	48	77
Erträge aus Anlagenabgängen	47	2
Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	23	0
Erträge aus Nachaktivierung Vorjahre	0	113
Übrige	88	96
	5.640	2.119

Der **Materialaufwand** (T€ 35.181) enthält mit T€ 8.314 die Aufwendungen für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** und mit T€ 16.143 die Aufwendungen für **bezogene Leistungen**. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um den Energiebezug mit T€ 4.655, Instandhaltungsmaßnahmen mit T€ 6.450, Abfuhr von Schlamm- und Rechengut mit T€ 6.392, Lagerverbräuchen mit T€ 734, Flock-, Fällmittel und sonstige Chemikalien mit T€ 1.894 und Nutzungsgebühren an die Stadt Köln mit T€ 2.921, sowie die Lieferung von Frischwasserverbrauchsdaten durch den Wasserversorger mit T€ 380. Ferner enthält der Materialaufwand die Abwasserabgabe mit T€ 5.145 und die Umlagen an Verbände mit T€ 5.578 und übriger Materialaufwand mit T€ 1.032.

Die Personalaufwendungen für Beamte, Angestellte und gewerbliche Mitarbeiter stellen sich wie folgt dar:

	2007	2006
	T€	T€
a) Löhne und Gehälter		
Bezüge TVöD (ehemals Löhne)	8.777	8.798
Bezüge TVöD (ehemals Gehälter)	13.347	13.337
Beamtenvergütungen	1.208	1.327
Ausbildungsvergütungen	165	151
Personalrückstellungen	3.434	4.200
Summe Löhne und Gehälter	26.931	27.813
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		
1. Soziale Abgaben		
Sozialversicherungsbeiträge	4.658	4.736
Berufsgenossenschaft	82	97
Summe soziale Abgaben	4.740	4.833
2. Altersversorgung		
Versorgungsbezüge Beamte	170	917
Zuführung Pensionsrückstellung	1.561	385
Beiträge Zusatzversorgungskassen	2.052	2.098
Summe Altersversorgung	3.783	3.400
3. Unterstützung		
Beihilfen	576	390
Summe Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	9.099	8.623
Personalaufwand gesamt	36.030	36.436

Die unterjährige Entwicklung des Personalstandes ist folgender Aufstellung zu entnehmen:

2007	Beamte	ehem. Angestellte	ehem. Arbeiter	Arbeitnehmer	Auszubildende	Beurlaubte	Gesamtbeschäftigte
I. Quartal	30	322	262	614	18	21	653
II. Quartal	30	322	264	616	14	20	650
III. Quartal	30	327	264	621	22	21	664
IV. Quartal	29	327	263	619	22	21	662

Die AöR ist Mitglied in der Zusatzversorgungskasse Köln (ZVK) und in der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK). Die hierüber versicherten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. deren Hinterbliebene erhalten hieraus Versorgungs- und Versicherungsrenten, Sterbegelder sowie Abfindungen. Aufgrund der umlagefinanzierten Ausgestaltung der ZVK und RZVK besteht eine Unterdeckung in Form der Differenz zwischen den von der Einstandspflicht erfassten Versorgungsansprüchen der Mitarbeiter und dem anteiligen, auf die Stadtentwässerungsbetriebe entfallenden Vermögen der ZVK und RZVK. Die für eine Rückstellungsberechnung erforderlichen Daten der ausgeschiedenen Mitarbeiter werden von den Stadtentwässerungsbetrieben nicht vorgehalten. Der Umlagesatz beträgt für die ZVK der Stadt Köln im Jahr 2007 5,8%. Der Zusatzbeitrag beträgt 3,2%. Der Umlagesatz für die RZVK beträgt 4,25% und das Sanierungsgeld 2,5%. Die weitere Entwicklung des Umlagesatzes ist derzeit nicht absehbar. Tendenziell ist aufgrund der demographischen Entwicklung von steigenden Umlagesätzen auszugehen.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf das Anlagevermögen betrugen T€ 51.711. Die Abschreibungen betreffen mit T€ 440 immaterielle Vermögensgegenstände und mit T€ 51.271 die Sachanlagen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	2007	2006
	T€	T€
Verwaltungskostenumlage der Stadt Köln	3.741	1.509
EDV-Kosten	1.971	2.133
Raum- und Grundstückskosten	1.098	962
Rechts- und Beratungskosten, Jahresabschlussprüfung	936	784
Verluste aus Anlagenabgängen	906	1.918
Fremdarbeiten	604	580
Gebäudeinstandhaltung	574	777
Allgemeine Versicherungen, Beiträge	497	319
Zuführung zur Wertberichtigung auf Forderungen	453	248
Versandkosten, Telefon, Fax	431	404
Sonstige Verwaltungskosten	330	400
Fortbildungskosten	313	421
Öffentlichkeitsarbeit/Vertrieb	209	198
Periodenfremde Aufwendungen	0	5.091
Übrige	795	301
	12.858	16.045

In den **Verwaltungskostenumlagen** sind im Wesentlichen die Umlage für die Großveranlagung der Abwassergebühr gegenüber dem Kassen- und Steueramt (T€ 1.543). Die Steigerung resultiert aus der Umgliederung der Erstattungsverpflichtung für die abgeordneten Beamten der Stadt Köln (T€ 2.116). Siehe hierzu auch die Erläuterungen zu den Rückstellungen für die Erstattungsansprüche gegenüber der Stadt Köln für Pensionen und Beihilfen der abgeordneten Beamten.

In den **Raum- und Grundstückskosten** ist die Zuführung zu einer Drohverlustrückstellung für einen längerfristigen Mietvertrag für ein Grundstück Am Molenkopf (T€ 401) enthalten.

Die Periodenfremden Aufwendungen betrafen im Vorjahr die Zuführung zur Rückstellung für Abwasserabgabe für Vorjahre.

Von den **Zinsaufwendungen** (T€ 49.548) entfallen vor allem T€ 29.132 auf das Trägerdarlehen und T€ 17.322 auf langfristige Darlehen.

Kraftfahrzeugsteuern sind im geringen Umfang (T€ 17) angefallen.

Spartenrechnung

Die StEB sind gemäß § 24 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) verpflichtet, neben der Gewinn- und Verlustrechnung eine ebensolche für jeden Unternehmenszweig aufzustellen. Dabei sind gemeinsame Aufwendungen und Erträge sachgerecht auf die Unternehmenszweige aufzuteilen, soweit Lieferungen und Leistungen nicht gesondert verrechnet werden.

Die Spartenrechnung ist dem Anhang als Anlage 5 beigelegt.

Sonstige Angaben

Weitere finanzielle Verpflichtungen bestehen nicht.

Dem Verwaltungsrat wurden Sitzungsgelder von T€ 3 gewährt.

Die Bezüge des Vorstandes werden in Einklang mit § 286 Abs. 4 HGB nicht angegeben. Dem Vorstand wurde ein Arbeitgeberdarlehen vor Gründung der Stadtentwässerungsbetriebe (T€ 19) gewährt, davon wurden (T€ 8) vereinbarungsgemäß getilgt.

Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen

Albach Dr.	Rolf	Chemiker	01.01.2007 - 31.12.2007
Bruch	Eva	Unternehmensberaterin, Dipl. Volkswirtin	01.01.2007 - 06.02.2007
Brust	Gerhard	Vorruhestand, Maschinenschlosser	01.01.2007 - 31.12.2007
Ciesla-Baier	Dietmar	Verkehrsfachwirt	01.01.2007 - 31.12.2007
Ensmann	Bernhard	Vermessungstechniker	01.01.2007 - 31.12.2007
Fladerer Dr.	Alexander	Studienrat, Dipl. Chemiker	01.01.2007 - 31.12.2007
Frebel	Polina	Dolmetscherin	01.01.2007 - 31.12.2007
Hoffmann	Alfred	Technischer Angestellter	01.01.2007 - 31.12.2007
Holländer	Hildburg	Angestellte	01.01.2007 - 31.12.2007
Jung	Helmut	Selbständig	01.01.2007 - 31.12.2007
Junge Dr.	Harald	Lehrer/Beamter	01.01.2007 - 31.12.2007
Kahlix	Thomas	Lehrer/Beamter, Dipl. Biologe	01.01.2007 - 31.12.2007
Kluth	Walter	Beamter	01.01.2007 - 31.12.2007
Manderla	Gisela	Selbständig/Ing.-Büro	01.01.2007 - 31.12.2007
Mispelkamp	Wendel	Technischer Angestellter	01.01.2007 - 31.12.2007
Möring	Karsten	Beamter	01.01.2007 - 31.12.2007
Ott	Jochen	Studienrat	06.02.2007 - 31.12.2007
Paetzold	Michael	Arzt	01.01.2007 - 31.12.2007
Paffen	Dagmar	Versicherungskauffrau	01.01.2007 - 31.12.2007

Paul Dr.	Michael	Ministerialbeamter	01.01.2007 - 31.12.2007
Philippi	Franz	Lehrer	01.01.2007 - 31.12.2007
Schuch	René	Referent, Dipl. Kaufmann	01.01.2007 - 31.12.2007
Simons	Wolfgang	Referent für Lehrerfortbildung	01.01.2007 - 31.12.2007
Soénius	Peter Michael	Stadtkämmerer/Beamter	01.01.2007 - 31.12.2007
Sörries	Peter	Selbständig	01.01.2007 - 31.12.2007
Ulke	Sabine	Beamtin/Lehrerin	01.01.2007 - 31.12.2007
Walter	Karl-Heinz	Wissenschaftlicher Mitarbeiter	01.01.2007 - 31.12.2007
Winnen	Manfred	Rentner	01.01.2007 - 31.12.2007

Köln, den 31. März 2008

O. Schaaf
Otto Schaaf

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts
Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2007

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand AK/HK 01.01.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Stand AK/HK 31.12.2007 €	Stand Abschreibungen 01.01.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Stand Abschreibungen 31.12.2007 €	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen	4.840.126,48	480.007,14	0,00		5.787.223,74	2.141.604,17	440.208,14	0,00	2.581.812,31	3.205.411,43	2.698.522,31
2. Geleistete Anzahlungen	121.110,23	0,00	0,00	-121.110,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	121.110,23
III. Sachanlagen	4.961.236,71	480.007,14	0,00	345.979,89	5.787.223,74	2.141.604,17	440.208,14	0,00	2.581.812,31	3.205.411,43	2.819.632,54
1. Grundstücke und Bauten	231.931.989,67	14.204.571,47	0,00	6.764.634,05	252.901.195,19	51.960.735,72	3.850.191,00	0,00	55.810.926,72	197.090.266,47	179.971.253,95
2. Abwassertechnische Anlagen	2.348.753.592,85	318.365,39	793.245,12	3.460.922,16	2.351.738.635,28	1.246.822.829,90	28.668.420,83	343.398,37	1.275.147.852,36	1.076.591.782,92	1.101.930.762,95
3. Technische Anlagen und Maschinen	701.705.065,36	7.113.356,39	9.622.920,61	8.863.644,96	708.059.148,10	481.346.026,93	17.447.346,97	9.165.726,89	489.627.647,01	218.431.499,09	220.359.038,43
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.540.207,31	2.226.177,09	608.022,75	338.966,63	16.487.328,28	8.952.049,02	1.305.365,76	601.115,77	9.656.299,01	6.841.029,27	5.588.158,29
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	150.551.471,40	123.671.057,24	211.027,14	-19.774.147,69	254.237.353,81	0,00	0,00	0,00	0,00	254.237.353,81	150.551.471,40
I. u. II.	3.447.482.326,59	147.533.527,58	11.235.215,62	-345.979,89	3.583.434.658,66	1.789.081.641,57	51.271.324,56	10.110.241,03	1.830.242.725,10	1.753.191.933,56	1.658.400.685,02
III. Finanzanlagen	3.452.443.563,30	148.013.534,72	11.235.215,62	0,00	3.589.221.882,40	1.791.223.245,74	51.711.532,70	10.110.241,03	1.832.824.537,41	1.756.397.344,99	1.661.220.317,56
1. Beteiligungen	4.000,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	4.000,00
2. Sonstige Ausleihungen	594.771,53	113.009,00	26.235,03	0,00	681.545,50	12.200,00	0,00	0,00	12.200,00	669.345,50	582.571,53
	598.771,53	113.009,00	26.235,03	0,00	685.545,50	12.200,00	0,00	0,00	12.200,00	673.345,50	586.571,53
	3.453.042.334,83	148.126.543,72	11.261.450,65	0,00	3.589.907.427,90	1.791.235.445,74	51.711.532,70	10.110.241,03	1.832.836.737,41	1.757.070.690,49	1.661.806.885,09

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts
Entwicklung des Anlagevermögens für den Gebührenerhalt im Wirtschaftsjahr 2007

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand AK/HK 01.01.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	Stand AK/HK 31.12.2007 €	Stand Abschreibungen 01.01.2007 €	Zugänge €	Abgänge €	Stand Abschreibungen 31.12.2007 €	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen	4.832.055,55	480.007,14	0,00	467.090,12	5.779.152,81	2.141.065,17	439.401,14	0,00	2.580.466,31	3.198.686,50	2.690.990,38
2. Geleistete Anzahlungen	121.110,23	0,00	0,00	-121.110,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	121.110,23
II. Sachanlagen	4.953.165,78	480.007,14	0,00	345.979,89	5.779.152,81	2.141.065,17	439.401,14	0,00	2.580.466,31	3.198.686,50	2.812.100,61
1. Grundstücke und Bauten	207.445.085,59	1.377.094,56	0,00	288.451,50	209.110.631,65	51.759.605,72	3.354.543,00	0,00	55.114.148,72	153.996.482,93	155.685.479,87
2. Abwassertechnische Anlagen	2.346.424.596,78	168.870,75	793.245,12	3.460.922,16	2.349.261.144,57	1.246.810.907,90	28.635.384,83	343.398,37	1.275.102.894,36	1.074.158.250,21	1.099.613.688,88
3. Technische Anlagen und Maschinen	696.299.772,87	4.914.722,11	9.622.920,61	8.007.503,13	699.599.077,50	481.308.614,93	17.221.060,97	9.165.726,89	489.363.949,01	210.235.128,49	214.991.157,94
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.225.275,93	1.835.358,43	608.022,75	338.966,63	15.791.578,24	8.929.479,02	1.247.184,76	601.115,77	9.575.548,01	6.216.030,23	5.295.796,91
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	111.468.221,35	80.129.547,79	211.027,14	-12.441.823,31	178.944.918,69	0,00	0,00	0,00	0,00	178.944.918,69	111.468.221,35
III. Finanzanlagen	3.375.862.952,52	88.425.593,64	11.235.215,62	-345.979,89	3.452.707.350,85	1.788.808.607,57	50.458.173,56	10.110.241,03	1.829.156.540,10	1.623.550.810,55	1.587.054.344,95
1. Beteiligungen	4.000,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.000,00	4.000,00
2. Sonstige Ausleihungen	594.771,53	0,00	26.235,03	0,00	568.536,50	12.200,00	0,00	0,00	12.200,00	566.336,50	582.571,53
	598.771,53	0,00	26.235,03	0,00	572.536,50	12.200,00	0,00	0,00	12.200,00	566.336,50	582.571,53
	3.381.414.889,83	88.905.600,76	11.261.450,65	0,00	3.459.059.039,96	1.790.961.872,74	50.897.574,70	10.110.241,03	1.831.749.206,41	1.627.309.833,55	1.590.453.017,09

Anlage 2 zum Anhang

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts
Entwicklung des Anlagevermögens für den Hochwasserschutz im Wirtschaftsjahr 2007

Anlage 3 zum Anhang

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	Stand AK/HK 01.01.2007 €	Zugänge €	Umbuchungen €	Stand AK/HK 31.12.2007 €	Stand Abschreibungen 01.01.2007 €	Zugänge €	Stand Abschreibungen 31.12.2007 €	Stand 31.12.2007 €	Stand 31.12.2006 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
1. Konzessionen, Schutzrechte und Lizenzen	8.070,93	0,00	0,00	8.070,93	539,00	807,00	1.346,00	6.724,93	7.531,93
II. Sachanlagen	8.070,93	0,00	0,00	8.070,93	539,00	807,00	1.346,00	6.724,93	7.531,93
1. Grundstücke und Bauten	24.486.904,08	12.827.476,91	6.476.182,55	43.790.563,54	201.130,00	495.648,00	696.778,00	43.093.785,54	24.285.774,08
2. Abwassertechnische Anlagen	2.328.996,07	149.494,64	0,00	2.478.490,71	11.922,00	33.036,00	44.958,00	2.433.532,71	2.317.074,07
3. Technische Anlagen und Maschinen	5.405.292,49	2.198.634,28	856.141,83	8.460.068,60	37.412,00	226.286,00	263.698,00	8.196.370,60	5.367.880,49
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	314.931,38	390.818,66	0,00	705.750,04	22.570,00	58.181,00	80.751,00	624.999,04	292.361,38
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	39.083.250,05	43.541.509,45	-7.332.324,38	75.292.435,12	0,00	0,00	0,00	75.292.435,12	39.083.250,05
	71.619.374,07	59.107.933,94	0,00	130.727.308,01	273.034,00	813.151,00	1.086.185,00	129.641.123,01	71.346.340,07
III. Finanzanlagen	0,00	113.009,00	0,00	113.009,00	0,00	0,00	0,00	113.009,00	0,00
1. Sonstige Ausleihungen	0,00	113.009,00	0,00	113.009,00	0,00	0,00	0,00	113.009,00	0,00
	71.627.445,00	59.220.942,94	0,00	130.848.387,94	273.573,00	813.958,00	1.087.531,00	129.760.856,94	71.353.872,00

0.0492914.001

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts
Entwicklung des Eigenkapitals für das Wirtschaftsjahr 2007

	2003 €	2004 €	2005 €	2006 €	2007 €
Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00	500.000,00
Kapitalrücklage zum 01.01.	635.464.926,51	635.549.258,00	635.417.900,24	636.040.951,34	659.355.506,38
Veränderungen Kapitalrücklage					
davon Kapitalsacheinlage HW	0,00	0,00	1.165.583,67	1.960.462,63	0,00
davon Entnahme aus der Kapitalrücklage wg. Kapitalsacheinlage HW	0,00	0,00	-9.461,00	-22.913,00	-62.091,00
davon Veränderungen Anlagevermögen Nutzungsdauer vor dem 01.05.2001	0,00	0,00	0,00	-161.223,93	0,00
davon Veränderungen Anlagevermögen Grundstücke vor dem 01.05.2001	0,00	0,00	0,00	26.741.018,53	0,00
davon Veränderungen Anlagevermögen Fremdeigentum vor dem 01.05.2001	0,00	0,00	-529.488,58	-5.208.017,73	0,00
davon Zuführung / Entnahme zur kameraleen Rücklage zum 01.05.2001	84.331,49	-131.357,76	-3.582,99	5.228,54	0,00
Kapitalrücklage zum 31.12.	635.549.258,00	635.417.900,24	636.040.951,34	659.355.506,38	659.293.415,38
Verlustvortrag per 01.01.2003	-10.837.634,24	-10.837.634,24	-10.837.634,24	-10.837.634,24	-10.837.634,24
Verlustvortrag per 01.01.2004	0,00	-1.229.664,26	-1.229.664,26	-1.229.664,26	-1.229.664,26
Verlustvortrag per 01.01.2005	0,00	0,00	-4.987.582,55	-4.987.582,55	-4.987.582,55
Gewinnvortrag per 01.01.2006	0,00	0,00	0,00	11.428.011,46	11.428.011,46
Gewinnvortrag per 01.01.2007	0,00	0,00	0,00	0,00	6.016.987,38
Jahresfehlbetrag / Jahresüberschuss	-1.229.664,26	-4.987.582,55	11.428.011,46	6.016.987,38	13.860.126,17
Entnahme aus der Kapitalrücklage (kumuliert)	0,00	0,00	9.461,00	32.374,00	94.465,00
Bilanzverlust	-20.710.789,14	-25.698.371,69	-14.260.899,23	-8.220.998,85	0,00
Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	0,00	5.701.218,32
Eigenkapital	615.338.468,86	610.219.528,55	622.280.052,11	651.634.507,53	665.494.633,70

Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts
Spartenrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	Gebühren- haushalt	Straßenent- wässerung	Gewässer 2. Ordnung	Konstruktiver Hochwasser- schutz	betrieblicher Hochwasser- schutz	Hochwasser- schutz- zentrale	Betriebs- führung WBV Wahn	Betrieb gewerb- licher Art
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	176.030	0	426	5.169	714	491	2.143	360
Bestandsveränderung	-335	0	0	0	0	0	0	0
Andere aktivierte Eigenleistungen	4.410	0	0	714	80	2	0	0
Sonstige betriebliche Erträge	5.450	1	0	112	0	46	1	30
Betriebliche Erträge	185.555	1	426	5.995	794	539	2.144	390
Materialaufwand	-33.696	-52	-180	-1	-51	-128	-1.069	-4
Personalaufwand	-33.345	-678	-150	-993	-238	-108	-518	0
Abschreibungen	-50.866	-1	0	-650	-189	-2	-3	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-12.344	-2	-8	-188	-78	-180	-57	-2
Interne Leistungsverrechnung	829	-151	-58	-35	-120	-2	-132	-331
Umlagen	1.224	-329	-80	-203	-117	-119	-376	0
Betriebliche Aufwendungen	-128.198	-1.213	-476	-2.070	-793	-539	-2.155	-337
Betriebsergebnis	57.357	-1.212	-50	3.925	1	0	-11	53
Finanzergebnis	-42.249	-4	50	-3.987	0	0	11	-7
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	15.108	-1.216	0	-62	1	0	0	46
Sonstige Steuern	-16	0	0	0	-1	0	0	0
Jahresüberschuß/-fehlbetrag	15.092	-1.216	0	-62	0	0	0	46
Entnahme aus der Kapitalrücklage	0	0	0	62	0	0	0	0
Spartenergebnis	15.092	-1.216	0	0	0	0	0	46

Lagebericht 2007

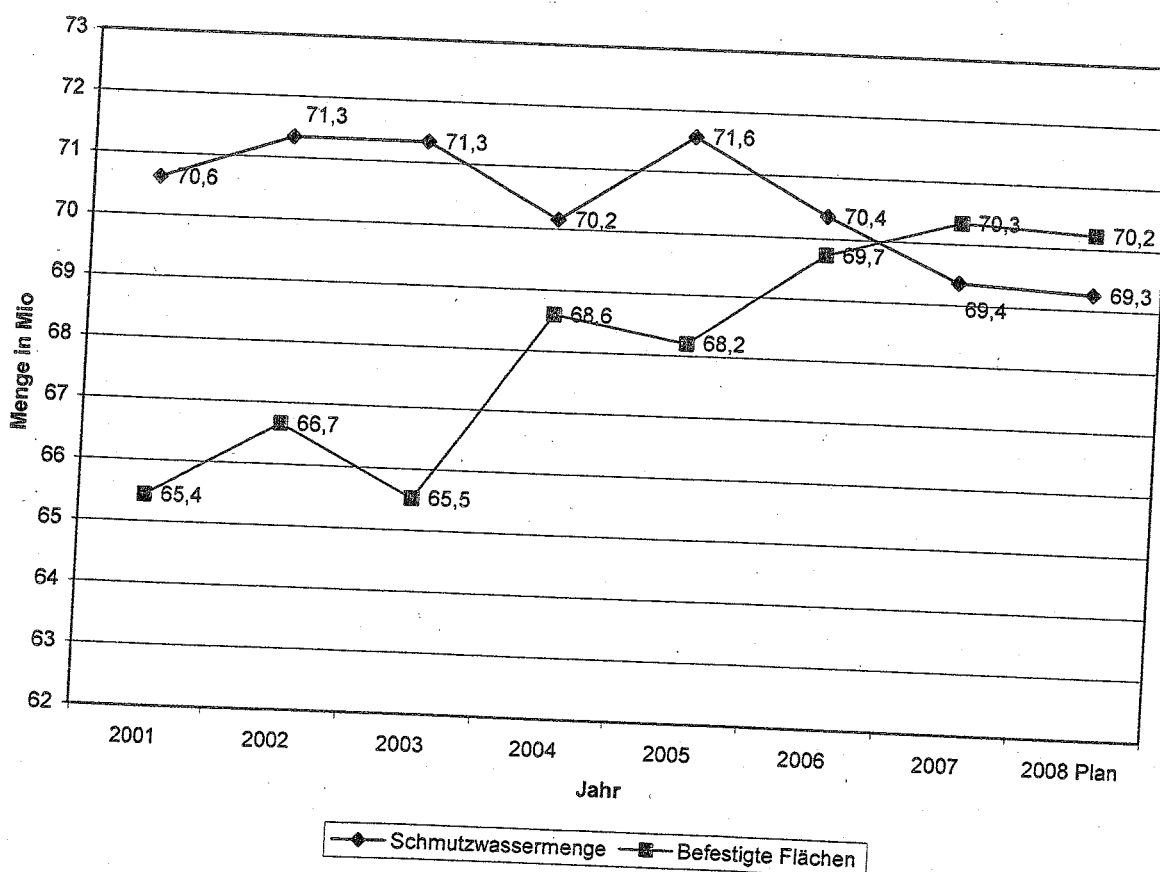
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die StEB haben wie in den vergangenen Jahren kontinuierlich an einer Verbesserung der Erlös- und Kostenstruktur gearbeitet. Dazu zählen im Wesentlichen die Maßnahmen für die Neuerhebung der abflussrelevanten versiegelten Flächen sowohl privater als auch kommunaler Immobilien auf der Basis von Selbsterklärungen. Der Kostendruck der allgemeinen Preissteigerungen, insbesondere für Energie und energieintensive Hilfsstoffe wirkte sich im Geschäftsjahr aufgrund der laufenden Lieferverträge noch nicht gravierend aus. Die tarifvertraglichen Regelungen des TVÖD führten zudem zu weitgehend stabilen Personalkosten.

Umsatzerlöse aus Abwassergebühren

Die Umsatzerlöse aus Abwassergebühren unterliegen keinen konjunkturellen Schwankungen, sondern sind durch Verbrauchsverhalten im Frischwasserbezug und der Grundwassernutzung sowie der Flächennutzung bestimmt. Die Graphik zeigt den Erfolg aus der Neuerfassung der gebührenrelevanten befestigten Flächen, der die tendenziell sinkenden Schmutzwassermengen kompensieren konnte.

Gebührenrelevante Schmutzwassermengen und befestigte Flächen
2001-2007 (IST)/ 2008 (Plan)



Das stetig wachsende ökologische Bewusstsein der Grundstückseigentümer hat auch in 2007 dazu geführt, dass Flächen entsiegelt wurden und damit Niederschlagswasser nicht mehr in die Kanäle eingeleitet wurde. Diese Maßnahmen summierten sich auf eine Gesamtfläche von 201.502 m², die dauerhaft nicht mehr gebührenrelevant ist. Dem stand in 2007 eine Zunahme der gebührenrelevanten Flächen aus Überprüfungen und Neuerschließungen in Höhe von 233.500 m² gegenüber.

Die Überprüfung der gemeldeten Flächendaten trägt mit der Erfassung der nicht gemeldeten Flächen weiter zur Gebührengerechtigkeit bei und unterstützt das Bestreben, die **Abwassergebühren**, trotz teilweise heftiger Preiserhöhungen der Lieferanten, auch für zukünftige Jahre **günstig zu gestalten**.

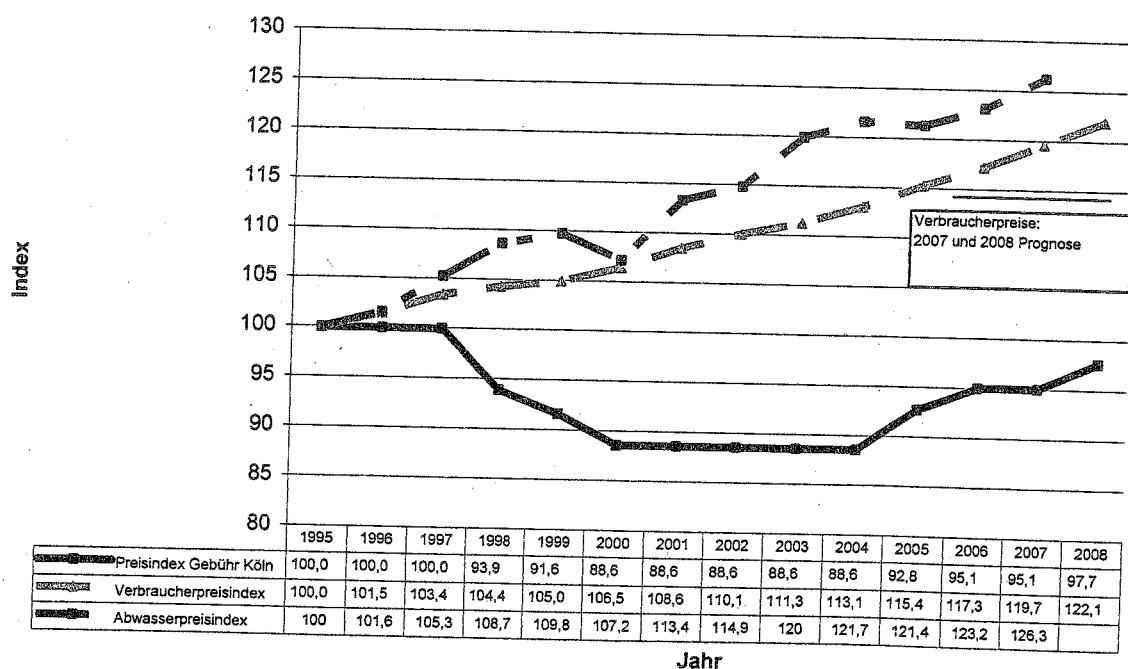
Der Rückgang des Frischwasserverbrauchs konnte durch die o. g. Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass ein Umsatzrückgang aufgrund niedrigerer Verbrauchswerte aufgefangen werden konnte.

Niedrige Abwassergebühren in Köln

Für Niederschlagswasser und Schmutzwasser betrugen die Gebühren in 2007 1,18 Euro je qm befestigter Fläche und 1,32 Euro je cbm Schmutzwasser. Damit liegen die Gebühren immer noch mit rd. 8 % unter den Gebührensätzen aus 1995. Ein Musterhaushalt mit vier Personen und einem Verbrauch von 200 cbm Frischwasser und einer überbauten Fläche von 130 qm bezahlt in Köln 417,40 Euro Abwassergebühren gegenüber 649,80 Euro Abwassergebühren im Landesdurchschnitt.

Die relativen Abwassergebühren entwickelten sich in den vergangenen Jahren wie folgt:

Indexentwicklung - Abwasserpreise Köln - Verbraucherpreisindex - Abwasserpreisindex NRW



Aus der Graphik ist ersichtlich, dass die Entwicklung der Abwassergebühren in Köln deutlich unterhalb der Verbraucherpreise und der durchschnittlichen Erhöhung der Abwassergebühren im Land Nordrhein-Westfalen verläuft.

Mit den niedrigen Schmutzwassergebühren liegt Köln an der Spitze aller Großstädte in Nordrhein-Westfalen. Auch im bundesweiten Vergleich nimmt Köln einen Spitzenplatz unter den günstigsten Unternehmen ein.

Geschäftsergebnis mit Jahresüberschuss

Wiederholt seit dem Bestehen der StEB konnte ein Jahresüberschuss in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Vorjahr 6,0 Mio. Euro) gegenüber einem Planergebnis von 14,4 Mio. Euro erzielt werden. Die wesentlichen Veränderungen der Ergebnisentwicklung sind in der Graphik: „Vom Plan-Ergebnis zum Ist-Ergebnis 2007“ s. u. dargestellt.

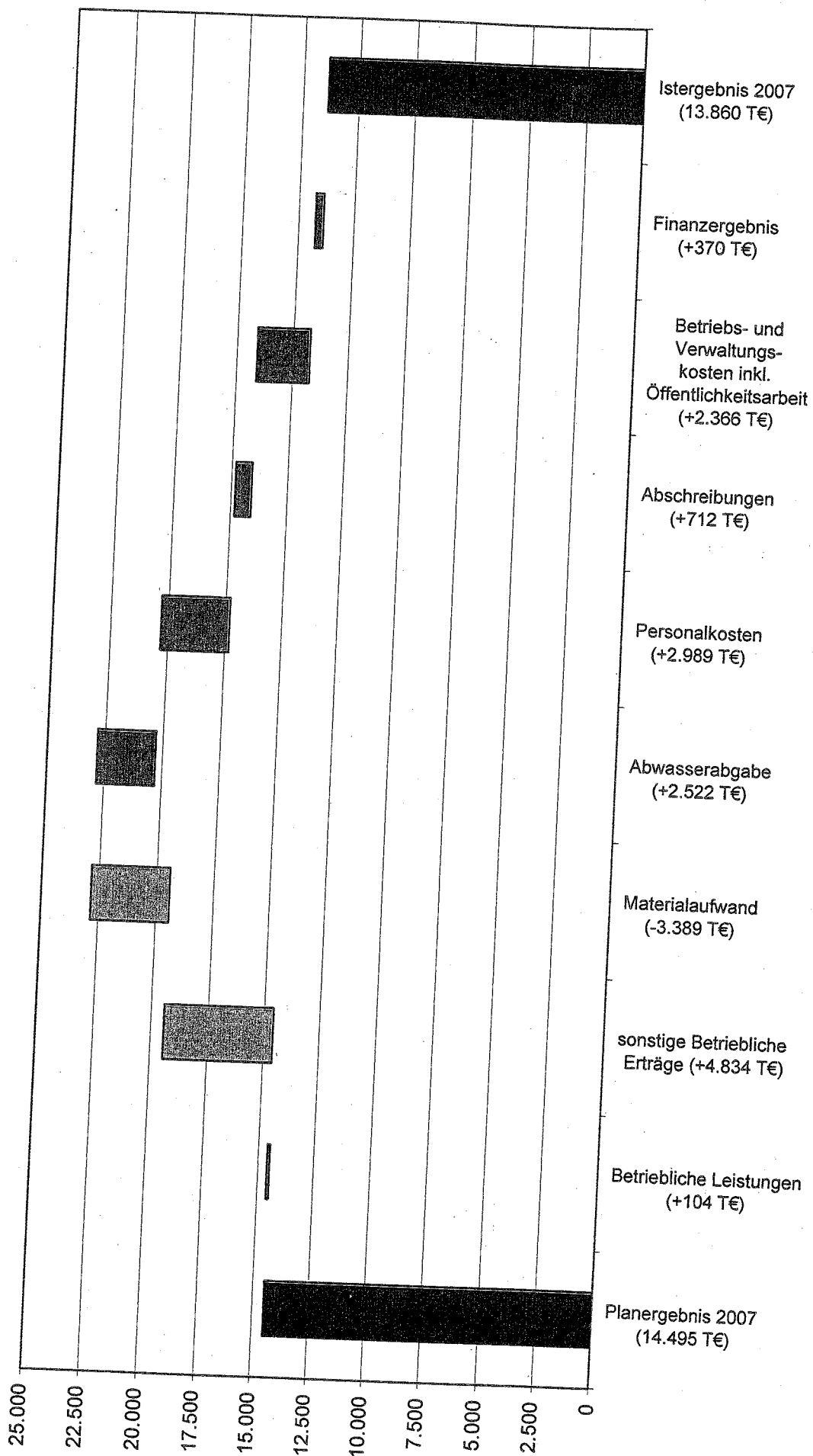
Der Jahresüberschuss 2007 führt nach einem Bilanzverlust von 8,2 Mio. in 2006 zu einem Bilanzgewinn in Höhe von 5,7 Mio. Euro. Dieser wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Der handelsrechtliche Jahresabschluss unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Bewertung und Ansatzfähigkeit der Erträge und Aufwendungen bzw. der Erlöse und Kosten von der Abwassergebührenrechnung.

Das Gesamtergebnis der Stadtentwässerungsbetriebe ist planmäßig mit 13,9 Mio. Euro erreicht worden. Die unterschiedlichen Entwicklungen der jeweiligen Aufwandspositionen sind der Graphik zu entnehmen. Die erhöhte Abweichung in den Personalkosten ist auf die Senkung des bislang nach den Vorschriften des EStG verwendeten Rechnungszinses von 6% für die Ermittlung der Pensionsrückstellungen und Beihilfen, auf den Zinssatz der Regelungen des NKF in Höhe von 5 % zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verbesserten sich gegenüber dem Wirtschaftsplan durch Erträge aus der Erstattung von gezahlten Umsatzsteuern auf Leistungen der Stadt Köln, der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung auf Forderungen sowie der Auflösung von Rückstellungen.

Vom Planergebnis zum Istergebnis 2007



Geschäftsentwicklung in den Sparten

Die Ergebnisse aus den Sparten Abwasserbeseitigung, Straßenentwässerung und dem Betrieb gewerblicher Art verbleiben in den StEB. In den Sparten Gewässer 2. Ordnung und konstruktiver Hochwasserschutz konnte Kostendeckung erzielt werden. Für die Hochwasserschutzzentrale werden die Kosten nach einem Schlüssel aufgeteilt und auf die Stadt Köln und die Sparte Abwasserbeseitigung umgelegt.

Die Sparte Abwasserbeseitigung schließt mit einem positiven Ergebnis von 15,1 Mio. Euro ggü. einem geplanten Plus von 15,6 Mio. Euro ab. Auch die Sparte des Betriebs gewerblicher Art, der im Wesentlichen Aufgaben aus dem Hausanschlussmanagement ausführt, hat einen Gewinn von 0,05 Mio. Euro ggü. geplanten 0,02 Mio. erzielt.

Der Verlust in Höhe von 1,2 Mio. Euro aus der Sparte der Straßenentwässerung entsteht aus der vertragsgemäßen Ausführung der Aufgabe und wurde in Höhe von 1,2 Mio. Euro geplant.

Die weiteren Sparten Gewässer, Hochwasserschutz und WBV Wahn werden gegenüber der Stadt Köln bzw. den Mitgliedern des WBV Wahn zu Ist-Kosten abgerechnet, so dass kein direkter Gewinn oder Verlust aus dem Geschäft entsteht. In der Sparte Hochwasserschutz fällt ein Jahresverlust an. Der Verlust entsteht durch die Abschreibung der Vermögensgegenstände, die die Stadt Köln als Kapitalsacheinlage erbracht hat. Der Verlust wird über eine Entnahme aus der Kapitalrücklage abgedeckt.

	<i>Ist 2007</i> <i>T€</i>	<i>Plan 2007</i> <i>T€</i>	<i>Ist 2006</i> <i>T€</i>
Abwasserbeseitigung	+ 15.092	+ 15.642	+ 6.826
Gewässer 2. Ordnung*	0	0	0
Hochwasserschutzzentrale*	0	0	0
Konstruktiver Hochwasserschutz*	- 62	- 10	0
Betriebsführung WBV*	0	0	0
Straßenentwässerung	- 1.216	- 1.158	- 904
Betrieb gewerblicher Art	+ 46	+ 20	+ 117

* Die Aufwendungen in den Geschäftsfeldern wurden in Rechnung gestellt.

Finanzierung und Liquidität

Die unterjährige Liquidität des Unternehmens konnte durch kurzfristige Geldaufnahmen gesichert werden. Im Januar 2007 erfolgte eine Darlehensaufnahme in Höhe von 90 Mio. Euro. Für dieses Darlehen wurde bereits in 2006 ein Zinssicherungsgeschäft abgeschlossen. Die Position ist Laufzeitkongruent geschlossen worden. Traditionelle Kreditaufnahmen im Volumen von 62,91 Mio. Euro wurden in 2007 abgeschlossen, davon 22,91 Mio. Euro für die Finanzierung des Hochwasserschutzes. Der Finanzmittelbedarf für das Geschäftsjahr 2007 wurde über kurzfristige Geldaufnahmen gesichert und dann im Januar 2008 in langfristige Darlehen umgewandelt. Auch dabei wurde in Höhe von 50 Mio. Euro auf Zins-SWAP-Geschäfte zurückgegriffen.

fen. Insgesamt wurde somit für das Jahr 2007 ein Kreditvolumen von 152.910T€ in Anspruch genommen. Der Wirtschaftsplan 2007 sah eine Ermächtigung von insgesamt 118.693T€ vor. Die Differenz betrifft das Geschäftsjahr 2006 mit 40 Mio. Euro, die entsprechend genehmigt waren.

**Betriebswirtschaftliche Kennzahlen,
bezogen auf das gesamte Unternehmen**

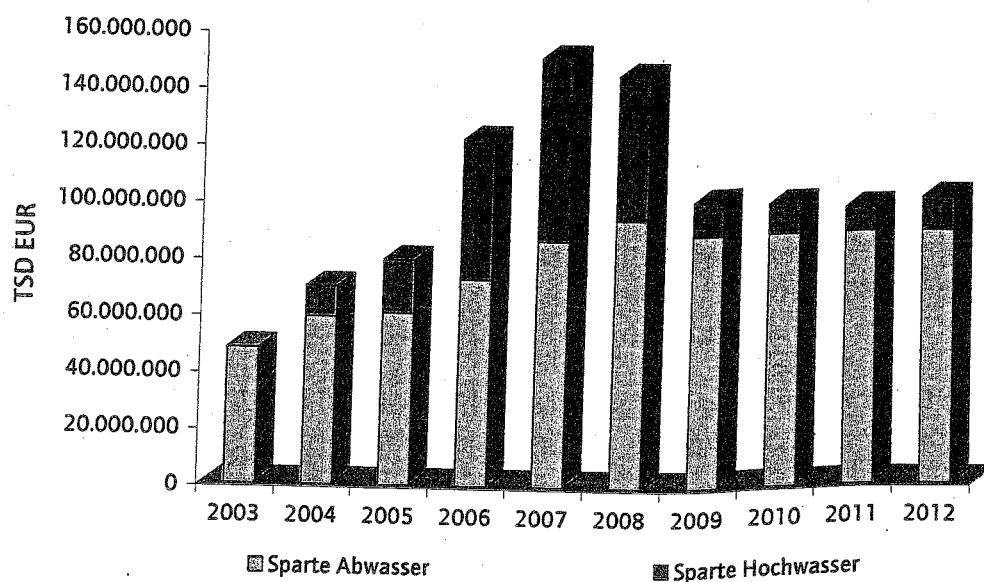
	2007	2006
Cash Flow in Mio. Euro nach Abschreibungen/Pensionsrückstellungen und Investitionen in Mio. Euro:	81,7 70,1	55,3 88,6
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme)	37,7 %	39,1 %
Anlagendeckungsgrad (Eigenkapital/Anlagevermögen)	37,9 %	39,2 %
Investitionsquote (Nettoinvestitionen/Anlagen zu historischen AK/HK*)	4,4 %	4,3 %
dynamischer Verschuldungsgrad (Fremdkapital ohne Rückstellungen/Cash Flow)	12,1	16,6
Substanzerhaltungsgrad (Nettoinvestitionen/Abschreibungen)	293,5 %	290,4 %
durchschnittliche Abschreibungsdauer in Jahren (Anlagevermögen zu historischen AK/HK* / Ab- schreibungen)	66,8	69,1
Eigenkapitalrendite	2,1 %	0,9 %
Nettoneuverschuldung aus Finanzierungstätigkeit in Mio. Euro	44	39

* Das Anlagevermögen wurde per 1. Mai 2001 zu fortgeschriebenen Wiederbeschaffungszeitwerten in der Eröffnungsbilanz bilanziert

Investitionstätigkeit 2007

Für Investitionen sind in 2007 rd. 154 Mio. Euro abgeflossen.

Investitionsabfluss StEB



Sparte		WP 2007	IST 2007	Differenz Ist – WP 2007
		TEuro	TEuro	TEuro
Gesamt Abwasser (incl. Beschaffungen)	Summe	93.339	89.393	-3.946
konstr. und betr. HWS	Summe	63.119	64.640	1.522
	Gesamtsumme	156.458	154.033	-2.424

Damit wurden die Planwerte des Wirtschaftsplanansatzes 2007 in Summe zu 98 % erreicht.

Sparte Abwasser

Die Maßnahmen zur planmäßigen Erhaltung und Fortentwicklung des Anlagevermögens ergeben sich aus dem Abwasserbeseitigungskonzept Köln, welches zum Jahresende 2007 in der 4. Fortschreibung aktualisiert wurde. Die Vorgehensweise und Prioritätenbildung sind dort im Einzelnen beschrieben.

Wie aus der Höhe der Investitionen (siehe auch nachfolgende Tabelle) in den verschiedenen Bereichen zu erkennen ist, lag auch in 2007 die Priorität der Bearbeitung bei der Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen und bei der Kanalsanierung.

Während durch positiven Planungsverlauf im Hochwasserschutz die Planungsansätze geringfügig übertroffen wurden, ergaben sich bei einigen Klärwerksprojekten aufgrund von Planungsänderungen Verzögerungen, die zu einem verminderten Mittelabfluss führten.

Im Zuge des Wirtschaftsplanes und 4. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes sind zur Anpassung an die technischen Regelwerke die Begrifflichkeiten der Maßnahmenart S (ehemals bauliche Sanierungen) und V (ehemals hydraulische Sanierungen) geändert worden.

Hierdurch bedingt ergeben sich die großen Abweichungen bei den Maßnahmenarten S und V, wobei hier insbesondere die Maßnahmenartänderung beim Großprojekt Geestemünder Straße (von einer V zur S-Maßnahme) mit einem Mittelabfluss von ca. 13 Mio. EURO im Jahr 2007 zu nennen ist.

Der Investitionsverlauf für Bauinvestitionen der Sparte Abwasser entwickelte sich in 2007 wie folgt:

Art	SOLL	IST	Differenz
	WP TEuro 2007	SAP TEuro 2007	SAP - WP TEuro 2007
	[TSD €]	[TSD €]	[TSD €]
E	38	284	246
H	21.884	23.468	1.584
K	11.339	10.085	-1.254
N	4.585	3.327	-1.258
S	27.030	42.911	15.881
V	24.196	6.670	-17.526
gesamt	89.072	86.744	-2.328

E= Ergänzung Kanalnetz / H= Hochwasserschutz Klärwerke und Kanalnetz / K= Abwasserreinigung Klärwerke / N= Neuerschließung Kanalnetz / S= Sanierung Kanalnetz / V= Niederschlagswasserbehandlung Kanalnetz

Aufstellung eines Kanalsanierungskonzeptes

Nachdem die flächendeckende Kanalzustandserfassung abgeschlossen ist, wird hierauf aufbauend ein Kanalsanierungskonzept entwickelt, dessen Ergebnisse im Jahre 2008 vorliegen.

Dieses Konzept soll neben der Festlegung von Sanierungsprioritäten und einer monetären Folgeabschätzung auch die rechtlichen Randbedingungen aufgrund gesetzlicher Änderungen (gemäß § 61 a LWG NW) sowie die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigen.

Sparte Hochwasser

In der Sparte Hochwasser wurden im Geschäftsjahr 2007 folgende Investitionen durchgeführt:

Projektname	SOLL	IST	Differenz
	WP 2007	SAP 2007	SAP WP 2007
	Stand: [08/06]	Stand: [31.12.07]	Stand: [31.12.07]
	[TSD €]	[TSD €]	[TSD €]
HW PFA 1 – Godorf / Sürth	611	519	-92
HW PFA 2 – Sürther Mühle/Pflasterhof	5.000	6.124	1.124
HW PFA 3 – Weißer Bogen	5.500	5.375	-125
HW PFA 4 – Uferstr. / Auenweg	1.600	2.664	1.064
HW PFA 5 – Rodenkirchener Leinpfad	4.000	3.370	-630
HW PFA 6 – Marienburg / Bayenthal	3.600	3.362	-238
HW PFA 7 – Altstadt Süd / Altstadt Nord	5.269	6.090	821
HW PFA 8 – Theodor-Heuss-Ring / Ölh.	5.000	6.470	1.470
HW PFA 9 – Merkenich / Langel (Irh.)	6.000	6.606	606
HW PFA 10 – Retentionsraum Worrringer Bruch (einschl. Altdeichsanierung)	350	3	-347
HW PFA 10a – Altdeichsanierung Worrringen (Vorabmaßnahme)	0	55	55
HW PFA 11 – Worrringen	1.800	1.533	-267
HW PFA 12 – Retentionsraum Lülsdorf / Langel (rrh., einschl. Altdeichs.)	6.000	3.134	-2.866
HW PFA 13 – Langel / Zündorf	1.500	334	-1.166
HW PFA 14 – Zündorf Marktplatz	0	180	180
HW PFA 15 – Westhoven (einschl. Vorabmaßnahme Robertstr. / Paulstr.)	742	1.818	1.076
HW PFA 16 – Poll / Rheinpark Deutz	8.000	7.115	-885
HW PFA 17 – Deutz / Stammheim (einschl. HWDO PW Faulbach)	4.000	5.998	1.998
HW PFA 18 – Stammheim / Flittard (einschl. Bayer-Werksgeleände)	0	141	141
HW Alarmsystem	300	530	230
Kompensationsmaßnahmen Brasseur Gelände	60	27	-87
Ausbau zweite Verteidigungslinie – 1. Stufe	200	57	-143
Allgemeine Arbeiten für KHWS	0	33	33
Summe	59.532	61.484	1.952
Lagerstätten	3.587	3.157	-430
Summe	63.119	64.640	1.522

Von den zur Lagerung der mobilen Elemente erforderlichen 6 Lagerstätten konnte die Lagerstätte im Klärwerk Rodenkirchen bereits in 2006 sowie die Lagerstätte

GKW Stammheim mit Schulungszentrum und die Lagerstätte unter der rechtsrheinischen Zoobrücke in 2007 in Betrieb genommen werden. Zwei weitere Hallen befinden sich im Bau und werden in 2008 fertig gestellt, lediglich bei einer Lagerhalle gab es Verzögerungen im Planungs- und Genehmigungsverfahren, auch hier ist eine Fertigstellung in 2008 geplant.

Am 05.03.2007 erreichte der Rhein mit einem Pegelstand von 7.48 m seinen höchsten Stand, planmäßig wurden mehrere Tore, mobile Elemente und Stege zum Schutz aufgebaut.

Sparten Gewässer und Straßenentwässerung

Im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Maßnahmen der StEB wurde eine Vielzahl von Straßenentwässerungseinrichtungen saniert. Die im Januar 2004 vertraglich übernommenen Aufgaben der Gewässerunterhaltung und Betrieb der Straßenentwässerungsanlagen wurden in vollem Umfang ausgeführt.

Betriebsführung für den WBV Wahn

Seit Übernahme der Betriebsführung des Klärwerks Wahn zum 01.01.2004 konnten, durch technische Optimierungen und Personalreduzierungen, die Aufwendungen erheblich gesenkt und die in diesem Zusammenhang entwickelten Erwartungen in vollem Umfang erfüllt werden.

Eine weitere Verbesserung wurde durch die vollständige Auflösung des Verbandes und dem damit verbundenem Wegfall der Verbandsverwaltung erwartet. Aufgrund vergaberechtlicher Bedenken haben die StEB und die übrigen Verbandsmitglieder jedoch Abstand von der Auflösung genommen, so dass der Verband in der jetzigen Form weitergeführt wird.

Privatwirtschaftliche Leistungen

Die privatwirtschaftlichen technischen Leistungen sind in 2007 weiter intensiviert worden. Der Focus liegt weiterhin auf der ganzheitlichen Prüfung und Sanierung von Grundstücksentwässerungsleitungen. Die angebotene Leistung umfasst die fachgerechte Zustandsuntersuchung der privaten Abwasserleitungen und, falls erforderlich, eine Beratung über Instandsetzungsmöglichkeiten sowie eine fachtechnische Begleitung der Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus wurden Leistungen kleineren Umfangs im Labor- und Ingenieurbereich erbracht.

Wie bereits im Vorjahr konnte im Hausanschluss- und Grundstücksentwässerungsgeschäft auch in 2007 ein positives Bereichsergebnis erzielt werden. Dies betrug 46 TEuro. Damit konnte der Verlustvortrag erheblich reduziert werden. Diese positive Entwicklung konnte durch eine kontinuierliche Kostenoptimierung und einem verstärktem Engagement im Bereich der Sanierungsberatung erzielt werden.

Für die Zukunft werden erhebliche Potentiale durch die neuen gesetzlichen Regelungen des § 61a des Landeswassergesetzes gesehen, da durch die hier gesetzlich vorgeschriebene Fristenverkürzung für Dichtheitsnachweise in Wasserschutzzonen

eine erhöhte Nachfrage an Dichtheitsprüfungen und Zustandsuntersuchungen erwartet werden kann.

HochwasserKompetenzCentrum in Köln

Im September 2007 wurde das HochwasserKompetenzCentrum (HKC) im Ratssaal der Stadt Köln gegründet. Mit über 100 Mitgliedern nimmt es nun seine Arbeit auf. Schwerpunktaufgaben des HKCs sind Informationssammlung und -weitergabe sowie die Vorbereitung, Entwicklung und Koordinierung von Projekten, Forschungsvorhaben und Studien zum nachhaltigen wirtschaftlichen und praxisgerechten Umgang mit dem Thema Hochwasser. Auf dieser Basis soll auch für den Kölner Hochwasserschutz eine kontinuierliche Wissensaktualisierung und eine ggf. notwendige Anpassung an neue Erkenntnisse gewährleistet werden.

Kontinuierliche Verbesserung

Integriertes Qualitäts-, Umwelt- und Risikomanagement

Ein wesentliches Instrument für die Prozessbeschreibung und -analyse und für die zentrale Informationsbereitstellung innerhalb der StEB stellt das Integrierte Qualitäts-, Umwelt- und Risikomanagementsystem (IMS) dar. Es basiert auf den internationalen Qualitätsnorm DIN EN ISO 9001:2000, der Umweltnorm 14001 und der europäischen Umweltnorm EMAS II.

Durch die erfolgreiche Rezertifizierung und –validierung des IMS im Mai 2007 wurde den StEB die normkonforme Umsetzung des Systems gemäß der o. g. Qualitäts- und Umweltnormen beurkundet. Die mit der Validierung verbundene Eintragung in das EMAS-Standortregister der Industrie- und Handelskammer zu Duisburg bestätigt darüber hinaus die Einhaltung der Umweltrechtsvorschriften durch die StEB.

Im Risikomanagement sind das Risikoportfolio und die Schwerpunktbetrachtung gegenüber 2006 gleich geblieben. Zur Kommunikation unserer Umwelttätigkeiten und -leistungen veröffentlicht die StEB seit mehr als acht Jahren die „Umwelterklärung“.

Benchmarking

Die StEB haben auch 2007 ihre Benchmarkingaktivitäten weiter entwickelt. Erstmals nahmen auch die Außenklärwerke am Klärwerksbenchmarking teil. In allen betrieblichen Benchmarking-Prozessen konnten erhebliche Verbesserungen erzielt werden. In den Prozessen „Inspektion nicht begehrbarer Kanäle“, „Reinigung nicht begehrbarer Kanäle“ und „Sinkkastenreinigung“ konnte sich die StEB zum „Best-practise“-Unternehmen fortentwickeln.

Energie

Auch bei den Klärwerken stand in 2007 die wirtschaftliche Optimierung im Vordergrund. Auf Grund des Nutzungsalters der elektro- und maschinentechnischen Anla-

gen waren in 2007 erhebliche Ersatzinvestitionen zu tätigen. Dieser Trend wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen.

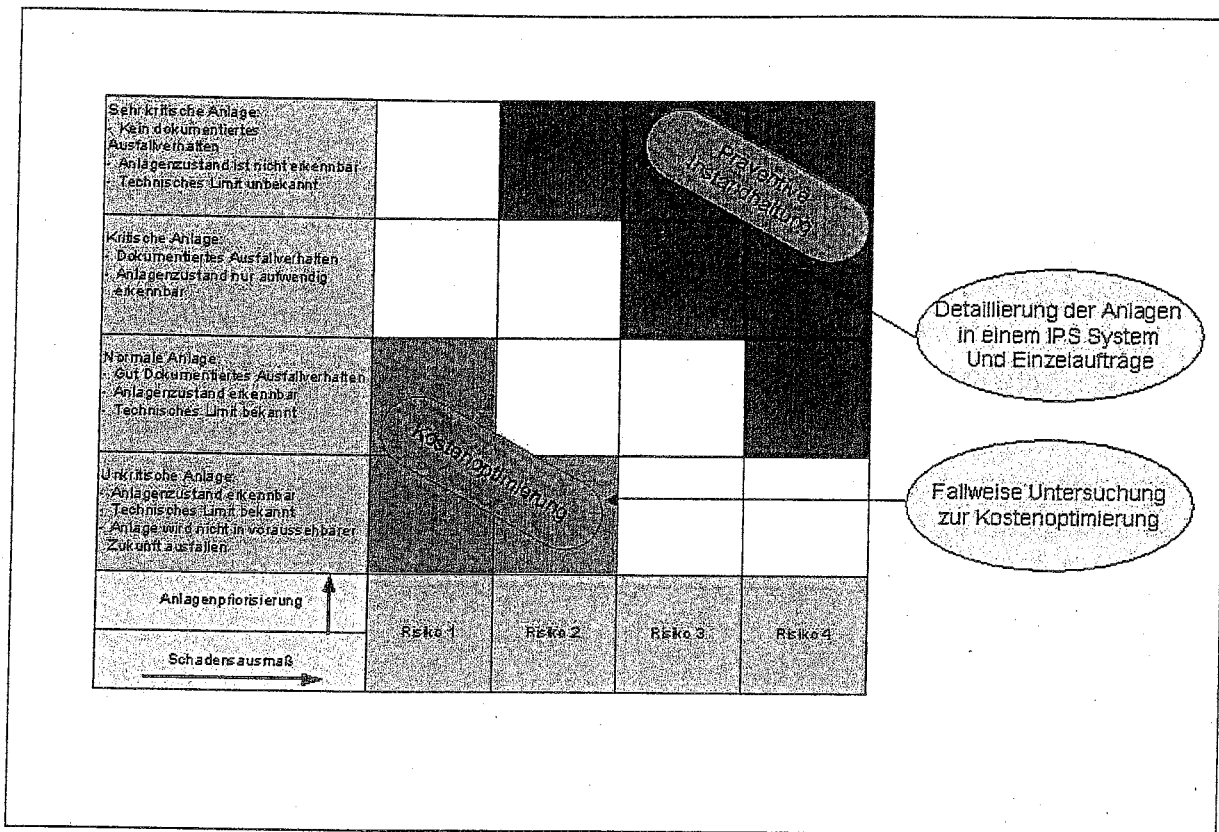
Einen Schwerpunkt der wirtschaftlichen Optimierung bildet der Energiebereich. In 2007 wurden für alle Kläranlagen Konzeptstudien für eine zukunftssträchtige und effiziente Klärgasnutzung erarbeitet. Als Ergebnis dieser Studien sollen in den nächsten Jahren alle Energieerzeugungsanlagen der Klärwerke durch moderne effiziente Blockheizkraftwerke ersetzt werden. Die StEB beteiligen sich jedoch auch konkret an der Fortentwicklung zukunftssträchtiger Technologien zur Energienutzung. So wurde in 2007 auf Grundlage eines vom Land geförderten Forschungsvorhabens ein Refresh der seit 2000 erfolgreich betriebenen Brennstoffzelle durchgeführt mit dem Ziel, die Brennstoffzelle bis 2010 weiterzubetreiben. Ziel des gemeinsam mit der RheinEnergie durchgeführten Vorhabens ist es, den Langzeitbetrieb von Brennstoffzellen zu erforschen und somit die Wirtschaftlichkeit dieser Technologie zu erhöhen.

Instandhaltungsstrategie

Zur weiteren Effektivitätssteigerung wurde in 2007 eine einheitliche Instandhaltungsstrategie auf Basis der RCM-Methode entwickelt und eingeführt. Dieses als reliability centered maintenance (RCM; häufig als zuverlässigkeitsorientierte Instandhaltung bekannt) bezeichnete Vorgehen ist ein Verfahren um festzustellen, welcher Aufwand betrieben werden muss, damit eine beliebige materielle Komponente weiterhin ihre vorgesehene Funktion erfüllt. Anlagen bzw. technische Objekte mit einer hohen Priorität und schlechtem Anlagenzustand werden hierbei als Anlagen mit einem dringenden Handlungsbedarf identifiziert, d. h., hierfür müssen präventive Maßnahmen bzw. Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet werden.

Zentrales Instrument dieser Methodik ist die Risikomatrix in Form eines Anlagenkatalogs für Klärwerke und Netze, die es ermöglicht, darin die einzelnen technischen Objekte zu positionieren und dadurch deutlich zu machen, inwieweit für diese technischen Objekte ein Handlungsbedarf besteht.

Unterstützt wird diese Methodik durch ein effektives Instandhaltungscontrolling mit Hilfe von kaufmännischen und technischen Kennzahlen über die eine Erfolgskontrolle und Steuerung erfolgen kann.



Risikobasierte Entscheidungsmatrix der Instandhaltungsstrategie

Adaptive Nachklärung

Neben den wirtschaftlichen Optimierungen sind jedoch auch ökologische Verbesserungen aktiv im Fokus. So wurde in 2007 im Rahmen eines vom Bundeswirtschaftsministerium geförderten Forschungsvorhabens im Klärwerk Weiden eine adaptive Nachklärung realisiert. Bei diesem völlig neu entwickelten Verfahren kann über eine entsprechende Steuerung der Öffnungsquerschnitt und die Höhe der Einleitung in Abhängigkeit der hydraulischen und physikalischen Verhältnisse betrieben werden. Zielsetzung ist eine wesentlich verbesserte Schlammabtrennung und somit eine Erhöhung der Reinigungsleistung. Erste Betriebserfahrungen bestätigen die erwarteten Leistungssteigerungen. Sofern sich diese Erkenntnisse in dem für ein Jahr vorgesehenen Versuchsbetrieb bestätigen, kann eine weite Verbreitung dieser Technologie prognostiziert werden, u. a. ist dann eine Anwendung dieses Verfahrens auf weiteren Kölner Kläranlagen vorgesehen.

Zahlen & Fakten 2007	
Klärwerke	4 / (5 inkl. Wahn)
Kanalnetzlänge	2.385 km
- begehbar	591 km
- nicht begehbar	1.793 km
entwässerte Fläche	155 km ²
Anteil der Wasserschutzzonen bez. auf das Stadtgebiet	46%
angeschlossene Einwohner (dies entspricht 99,6 % der Einwohner der Stadt Köln)	980.000
angeschlossene Grundstücke (geschätzt)	130.000
noch nicht angeschlossene Grundstücke (Kleineinleiter)	915
Straßenabläufe	89.045
Kanalschächte	58.129
Pumpwerke	153
Regenrückhaltebecken	77
Hochwasserschieber	674
Betriebsschieber	190

Risiken

Risiken aus der Abwasserabgabe

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen gelten unverändert fort.

Ein abgaberechtliches Risiko besteht einerseits bei den Klärwerken aus der Stabilität des Klärprozesses und bei den Regen- und Mischwassereinleitungen aus verschiedenen Teilnetzen des Kanalsystems. Während in der Vergangenheit als Voraussetzung für die Abgabefreiheit lediglich die Einhaltung der bemessungstechnischen Vorgaben für das Netz nachzuweisen war, werden nunmehr auch die einzelnen Sonder- bzw. Entlastungsbauwerke bewertet. Darüber hinaus werden die Einleitungen, und damit der Betrieb, messtechnisch erfasst und bewertet.

Risiken aus Rechtsänderungen

Verschärfte Anforderungen zur Stickstoffelimination

Zurzeit befindet sich die Kläranlage Langel im Ausbau. Durch die bereits in Betrieb genommene Kohlenstoffdosierung ist die Kläranlage bereits heute in der Lage, den geforderten Konzentrationswert von 13 mg/l sicher einzuhalten. Insgesamt wird die Baumaßnahme im Herbst 2008 abgeschlossen. Im GKW Stammheim ist zur sicheren Einhaltung der verschärften Anforderungen eine Prozesswasserbehandlung errichtet und in 2005 in Betrieb genommen worden. Bei den übrigen Anlagen waren zur Erfüllung der Anforderungen keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich.

Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücksentwässerungsleitungen

Am 31.12.2007 ist das geänderte Landeswassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in Kraft getreten¹. Der Landesgesetzgeber hat die bisher in § 45 der Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen geregelten Verpflichtungen der Grundstückseigentümer zur turnusmäßigen Überprüfung der Dichtheit ihrer Grundstücksentwässerungsanlagen in den neu eingeführten § 61 a des Landeswassergesetzes überführt. Damit kommt der Gesetzgeber einer langjährigen Forderung der Fachwelt nach, die stets die Auffassung vertreten hatte, dass die Dichtheit der privaten Entwässerungsanlagen vorrangig dem Gewässerschutz diene und daher auch im Wasserrecht zu regeln sei. Auch nach Überführung der Regelungen in das Wasserrecht bleibt jedoch die Verpflichtung der Grundstückseigentümer, ihre Entwässerungsanlagen erstmalig bis zum 31.12.2015 auf Dichtheit zu überprüfen, bestehen.

Durch die ergänzten Regelungsinhalte des § 61a LWG werden die StEB aber noch mehr als in der Vergangenheit zu einer Mitwirkung bei der Umsetzung der Dichtheitsprüfung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen verpflichtet:

Das Gesetz enthält erstmalig die zwingende Verpflichtung für die StEB, für die Dichtheitsprüfung in Wasserschutzgebieten durch Satzung kürzere Fristen als 2015 festzulegen. Die StEB haben aber auch die Möglichkeit, in anderen Gebieten längere Fristen für die erste Dichtheitsprüfung durch Satzung festzulegen, um ihre eigenen Untersuchungen und Sanierungen der öffentlichen Abwasseranlagen nach dem Abwasserbeseitigungskonzept mit den Verpflichtungen der Grundstückseigentümer besser zu verzahnen.

Die StEB sind nunmehr gesetzlich verpflichtet, die Grundstückseigentümer über die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten. So lange die oberste Wasserbehörde keine Anforderungen an die Sachkunde der mit der Dichtheitsprüfung beauftragten Privatunternehmer in einer Verwaltungsvorschrift festlegt, können die StEB solche Sachkundanforderungen in einer Satzung festlegen.

Die StEB werden im Verlauf des Jahres 2008 der verwaltungsmäßigen Umsetzung dieser neuen gesetzlichen Verpflichtungen und Anforderungen, insbesondere mit der Prioritätenbildung zum Zuschnitt der Inspektionsgebiete, dem Verfahren zum Erlass der Satzungen sowie der Information und Beratung der betroffenen Kölner Grundstückseigentümer im Rahmen eines Projektes durchführen. Dabei wird es darauf an-

¹ Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes, der Landesbauordnung und des Landesabfallgesetzes vom 11.12.1007, GV. NRW. S. 708
Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR
Lagebericht 2007

kommen, kundenorientiert zu handeln und den Aufwand auf ein sinnvolles Maß zu begrenzen.

Weitere Entwicklungen

Die weitere Umsetzung der europäischen Wasserrechtsrahmenrichtlinie (WRRL) in das nationale Rechtssystem sowie die weiteren Änderungen aufgrund der Novellierung des Landeswassergesetzes NW müssen allerdings aufmerksam beobachtet werden. Gleiches gilt für die Diskussion über den Umgang mit gefährlichen Stoffen und Medikamentenresten im Abwasser. Seitens des MUNLV wurden hierzu umfangreiche Studien zur Abschätzung einer möglichen Gefährdung in Auftrag gegeben, die derzeit ausgewertet werden. Konkrete Maßnahmen können beim aktuellen Erkenntnisstand noch nicht abgeleitet werden.

Steuerliche Risiken

Seit Jahren besteht die Diskussion zur steuerlichen Gleichstellung von Wasser und Abwasser. Während der Frischwasserbereich sowohl ertrags- als auch umsatzsteuerlich relevant ist, ist der hoheitlich geführte Abwasserbereich davon ausgenommen.

Eine steuerliche Änderung ist nach dem heutigen Stand der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung explizit aus der Debatte um die Umsatzsteuererhöhung ausgeklammert worden. Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft e.V., hat im Sommer 2006 Beschwerde bei der Europäischen Kommission für den Bereich Abwasserentsorgung gegen die seiner Meinung nach steuerliche Ungleichbehandlung eingereicht. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

Die Folgen aus einer Steuerpflicht können Abwassergebührenerhöhungen von rd. 20 % bewirken.

Die praktizierte Umsatzbesteuerung aus dem als Betrieb gewerblicher Art klassifizierten Leistungsaustausch mit der Stadt Köln wurde im Rahmen einer steuerlichen Betriebsprüfung bei der Stadt Köln nachträglich als nicht steuerpflichtig festgestellt.

Risiko aus Finanzierung

Die StEB werden aufgrund der geschäftstypischen Abschreibungsdauern von bis zu 72 Jahren (Abwasseranlagen) bzw. bis zu 100 Jahren (Hochwasserschutzanlagen) nicht genügend Cash-Flow erwirtschaften, um die bestehenden Kredite in der weit unter der Abschreibungsdauer liegenden Kreditlaufzeit zurück zu zahlen. Das betrifft zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausschließlich die Tilgung des Trägerdarlehens. Die jährliche Tilgung des Trägerdarlehens wird langfristig über Bankenkredite refinanziert werden müssen.

Im Rahmen einer vorausschauenden Liquiditätsplanung setzt die StEB Forward SWAP Geschäfte für Zinssicherungen ein. Die Positionen sind geschlossen, so dass kein Risiko besteht.

Zur Begutachtung der zukünftigen Liquiditätsentwicklung haben die StEB in 2007 ein Gutachten erstellen lassen. Im Ergebnis ist die ausreichende Liquiditätsentwicklung der StEB unter der Prämisse der Einhaltung verschiedener Rahmenbedingungen gesichert. Das Ergebnis wurde dem Verwaltungsrat und den Gremien der Stadt Köln vorgestellt.

Risiken aus Tarifvertragsauseinandersetzung

Die Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR haben ihre Mitarbeiter in 2005 in den TVöD übergeleitet. ver.di sieht diese Überleitung als nicht durch die tarifvertraglichen Regelungen des TVöD gedeckt und hat darüber Klage eingereicht. Angestrebt wird von der ver.di eine Überleitung in den TVWW/NW. In dem von der ver.di geführten Klageverfahren unterlag bislang der KAV/NRW in der 2. Instanz. Derzeit ist ein Revisionsverfahren beim BAG anhängig.

Die Anwendung eines von ver.di geforderten Tarifvertrages kann zu Personalkosten-erhöhungen von bis zu 15% p. a. führen.

Risiken aus dem US-Leasing-Geschäft

Aus dem im Jahre 2000 abgeschlossenen US-Leasing-Geschäft sind keine konkreten Risiken erkennbar. Gegenüber den Vorjahren bestehen in den USA keine veränderten Risiken aus der Rechtsentwicklung.

Risiken aus dem Prüfungsergebnis § 53 HGRG

Es liegen keine Risiken vor.

Ausblick

Die Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR unternehmen erhebliche Anstrengungen, die Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung weiter zu erhöhen. Als Instrument wird dazu ein alle Bereiche des Unternehmens umfassendes Kennzahlensystem aufgestellt, die Teilnahme am Benchmarking und das unternehmensweite Zielvereinbarungssystem betrieben. Daraus erwachsen Projekte, die die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens verbessern.

Wesentliche Priorität hat weiterhin die Umsetzung des Hochwasserschutzes sowie die Sanierung des Kanalnetzes.

Insgesamt wird für das Wirtschaftsjahr 2008 auch eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung erwartet.



Köln, den 31. März 2008

Otto Schaaf
Vorstand

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts, Köln, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 und des Lageberichts für dieses Wirtschaftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. IV "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Düsseldorf, den 31. März 2008

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Josef Rakel
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ralph von der Kluse
Wirtschaftsprüfer

IV. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

33. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 31. März 2008 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadtentwässerungsbetriebe Köln, Anstalt des öffentlichen Rechts, Köln, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt des öffentlichen Rechts. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht der Anstalt des öffentlichen Rechts abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 114a Abs. 10 GO NRW i.V.m. § 27 Abs. 2 KUV NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt des öffentlichen Rechts sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.